

Mitgliederbefragung

Kandidatin / Kandidat zur Bundestagswahl 2013
im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

wer soll bei der kommenden Bundestagswahl als Direktkandidatin / Direktkandidat für die SPD in Tempelhof-Schöneberg antreten? Diese Frage kann zum ersten Mal von Euch, den Mitgliedern, mit entschieden werden.

Grundlage dafür ist eine **Mitgliederbefragung**, in der jede und jeder von Euch ein **Votum für eine Kandidatin / einen Kandidaten** abgeben kann.

In dieser Broschüre haben wir Euch die **Informationen zum Ablauf** der Mitgliederbefragung zusammengestellt.

Zudem findet Ihr die **Vorstellung der sechs Kandidatinnen / Kandidaten**, die für die Mitgliederbefragung zugelassen worden sind.

Das Instrument einer Mitgliederbefragung ist erst vor kurzem in unsere Parteistatuten aufgenommen worden. Damit soll den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, bei wichtigen innerparteilichen Entscheidungen stärker als bisher mitwirken zu können.



Bitte nutzt diese Chance! Beteiligt Euch an den Veranstaltungen, in denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten persönlich vorstellen und gerne Eure Fragen beantworten. Und nehmt bitte möglichst zahlreich an der Befragung teil. Gemeinsam können wir so auch

innerhalb unserer Partei „mehr Demokratie wagen“.

Eure

Dilek Kolat

Kreisvorsitzende SPD Tempelhof-Schöneberg

Ablauf der Mitgliederbefragung

Kreisvorstandssitzung 27.08.2012
Beschluss zur Durchführung einer Mitgliederbefragung

Bis zum 24.09.2012 konnten
Genossinnen und Genossen ihre **Kandidatur erklären**.

Kreisvorstandssitzung 24.09.2012
Zulassung der Kandidatinnen/Kandidaten für die Mitgliederbefragung

Oktober / November 2012
Vorstellungsrunden der Kandidatinnen/Kandidaten in Veranstaltungen
[TERMINE SIEHE RÜCKSEITE DIESER BROSCHÜRE]

Stimmabgabe per Briefwahl
Eingang der Briefwahl-Stimmen bis
Fr., 23.11.2012, 16.00 Uhr
[WEITERE INFOS IM ANSCHREIBEN]



Stimmabgabe im Wahllokal
Sonntag, 25.11.2012
14.00 - 18.00 Uhr
[WAHLLOKAL SIEHE ANSCHREIBEN]

Feststellung Gültigkeit: Mind. **20% der Mitglieder** müssen sich beteiligt haben

So., 25.11.2012 ab ca. 19 Uhr: Stimmenausszählung · Bekanntgabe des Ergebnisses

Eine Kandidatin / ein Kandidat
hat die **absolute Mehrheit**
der **Stimmen** erreicht

Keine Kandidatin / **kein** Kandidat
hat die **absolute Mehrheit**
der **Stimmen** erreicht

Die Kandidatin / der Kandidat
mit der absoluten Mehrheit
der Stimmen aus der Befragung
wird der **Wahlkreiskonferenz**
zur Wahl vorgeschlagen.

Die **zwei** Kandidatinnen/Kandidaten
mit den **meisten Stimmen** aus der
Befragung werden der
Wahlkreiskonferenz
zur Abstimmung vorgeschlagen.

Wahlkreiskonferenz am 15.12.2012
Wahl der Kandidatin / des Kandidaten für die Bundestagswahl

Elke Ahlhoff



geboren: 1956

verheiratet, getrennt lebend,

zwei Kinder: 24 und 20 Jahre

zugelassene Tierärztin (Approbation)

berufliche Tätigkeit: Beraterin in der Arbeits-

markt- und Beschäftigungspolitik

seit 17 Jahren Mitglied in der SPD

seit 11 Jahren Bezirksverordnete in

Tempelhof-Schöneberg

seit 6 Jahren Vorsitzende der SPD-Fraktion

in der Bezirksverordnetenversammlung

mehrere Jahre aktiv als Vorsitzende der

Gesamtelternvertretung Uckermark Grund-

schule, Elternvertreterin Rheingau Oberschule,

Vorsitzende Bezirkselfternausschuss, Bezirks-

schulbeirat, Mitglied im Landesschulbeirat

weitere Mitgliedschaften: AWO, Ver.di,

Sozialdemokratische Gemeinschaft für

Kommunalpolitik, Greenpeace,

Förderverein Schöneberger Weinberg

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass der Kreisvorstand beschlossen hat, über eine Mitgliederbefragung Euch direkt entscheiden zu lassen, wer unser/e Kandidat/in für den Bundestag werden soll. Die Möglichkeit mich schriftlich zu bewerben, nutze ich gern.

Ich möchte mich für eine gute und umfassende Politik für Familien einsetzen. Wobei ich Familien in unserer sozialdemokratischen Definition verstehe: Familie ist da, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung über-

nehmen und wo Generationen füreinander einstehen. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des Lebens berührt. In meiner politischen Arbeit liegt für mich der Ausgangspunkt des Agierens und Handelns auf der menschlichen Ebene. **Der Mensch steht im Zentrum, von dem sich politische Aktionen ableiten!** Ich stehe für eine starke sozialdemokratische Familienpolitik. Besonders beunruhigend ist, dass die soziale Schere bei uns immer weiter auseinandergeht. Immer weniger Leute teilen unter sich den Reichtum auf. Andere Menschen leben trotz Arbeit am Rand oder in Armut. Ich will das nicht hinnehmen!

Arme Kinder brauchen unsere Förderung

Wir haben in Deutschland zunehmend weniger Kinder. Trotzdem wachsen bei uns mehr als 1 Millionen Mädchen und Jungen in Armut auf. Armut und Ungleichverteilung haben zugenommen. Nur 10% der Deutschen besitzen 53% des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte nur über gut 1% des Nettovermögens verfügt. Alle Kinder müssen uns gleich viel wert sein. Unabhängig vom Einkommen der Eltern haben sie das Recht auf gute Startchancen.

Die Bundesregierung hat hier bemerkenswert wenig erreicht. Das von ihr initiierte Bildungs- und Teilhabepaket bringt keine Hilfe. Kinder brauchen eine kontinuierliche Begleitung und Förderung. Der unter der rot-grünen Bundesregierung erfolgte Ausbau von Ganztagschulen war richtig. Hier müssen wir ansetzen! Neben der Erweiterung des Kindertagesstättenangebots ist der Ausbau von Ganztagschulen unverzichtbar. Wir brauchen eine optimale Betreuung, Erziehung und Bildung für alle Kinder. Dafür muss der Bund Verantwortung übernehmen und die Länder in der Wahrnehmung dieser Aufgaben unterstützen.

Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik befördert Armut

Ein verlässliches, ausreichendes Einkommen ist die Basis für ein gutes Zusammenleben. Unsichere Arbeitsverhältnisse, prekäre Beschäftigung oder gar Arbeitslosigkeit belasten und führen zu Armut und sozialen Spannungen.

Einkommen, die trotz Vollbeschäftigung nicht zum Leben ausreichen, sind keine Seltenheit mehr. Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn, die gesetzliche Begrenzung von unfreiwilliger Teilzeitarbeit oder befristeten Arbeitsverhältnissen und die Abschaffung der Mini-Jobs, die reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen.

Der Wohlstand ist die Armut der Frauen

Frauen leisten den größten Teil der Familienarbeit. Zwar ist die Erwerbsquote von Frauen in den letzten Jahren gestiegen. 2011 lag diese bei ca. 67 %. Eine Zunahme von Frauen in Arbeitsverhältnissen mit Vollbeschäftigung ist mit diesem Trend nicht verbunden. Frauen befinden sich überproportional freiwillig oder unfreiwillig in Teilzeitbeschäftigung oder Mini-Jobs. Häufig werden sie schlechter bezahlt als Männer und haben geringere Aufstiegschancen, trotz gleicher Qualifizierung. Die systematische Benachteiligung von Frauen führt zu Armut im Alter. Die gleiche Vergütung für die gleiche Arbeit, eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten, ein gut ausgebautes Netz von Kinderbetreuung und eine angemessene Berücksichtigung von Familienzeiten in der Rentenversicherung müssen umgesetzt werden.

Arm im Rentenalter

Wer wenig verdient oder längere Zeit arbeitslos ist, hat auch später weniger Rente im Alter. Unterbrechungen im Erwerbsleben und Beschäftigung im Niedriglohnsektor haben zugenommen. Eine Altersarmut ist vorprogrammiert. Es ist richtig, dass wir uns für eine Mindestrente einsetzen. Die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 % bis 2030 muss ausgesetzt werden. Dringend notwendig ist eine Umsteuerung in der Arbeitsmarktpolitik zur Sicherung eines würdevollen Lebens im Alter.

Ich bitte Euch um Eure Unterstützung für meine Kandidatur und für eine starke Familienpolitik.

Gerne stehe ich Euch auch für Fragen zur Verfügung: eahlhoff@web.de oder **Tel. 030 - 53 09 77 44 · www.elke-ahlhoff.de**

Mit solidarischen Grüßen
Elke Ahlhoff

Serge Embacher



Dr. Serge Embacher
Wiesbadener Str. 13
D-12161 Berlin
Tel.: +49 (30) 854 02 908
Mobil: 0160 - 93 58 45 16
Mail: info@serge-embacher.de
Internet: www.serge-embacher.de

Liebe Genossin, lieber Genosse, wie wollen wir leben? Wie soll unsere demokratische Gesellschaft in Zukunft aussehen? Müssen die Dinge immer so bleiben – krisenhaft, ungerecht und scheinbar unveränderbar für Dich und mich? Weil mich diese Fragen bewegen, bin ich in der SPD aktiv, und deshalb will ich für den nächsten Bundestag kandidieren.

Ich bin 46 Jahre alt, verheiratet und habe drei Töchter (9, 7 und 2 Jahre alt). Von Beruf bin ich Politikwissenschaftler und Publizist und arbeite als Projektleiter beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Mit Politik nicht nur auf Bundesebene beschäftigte ich mich schon lange in verschiedenen Positionen. Unter anderem habe ich sechs Jahre im Bundestag für die beiden SPD-Abgeordneten Eckhardt Barthel und Michael Bürsch gearbeitet, war aber auch u. a. als Bezirksverordneter auf kommunaler Ebene und bin in vielen Funktionen in der SPD ehrenamtlich aktiv.

Bei allem, was ich tue, geht es mir um die Frage nach mehr Demokratie und Gerechtigkeit. Gute Politik kann heute nicht allein mit politischen Beschlüssen gemacht werden. Wir werden neue Strukturen schaffen müssen, um Dinge tatsächlich zu verändern. Wir brauchen ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, vor allem mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger.

Seit Jahren sinkt die Wahlbeteiligung. Politik muss sich daher viel stärker für Impulse von außen öffnen. **Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement** müssen zentrale Elemente der Politik der SPD werden. Die verlorenen Wähler kehren nur zu uns zurück, wenn wir auch wieder Politik für sie und mit ihnen machen – transparent, diskussions- und auch konfliktbereit. Als Abgeordneter werde ich das als Deinen Auftrag an mich sehen.

Es gibt viel zu tun in der Bundespolitik: Die soziale Spaltung wird größer, die Arbeitswelt zerfällt zusehends in Beschäftigte erster und zweiter Klasse, eine Welle massenhafter Altersarmut rollt auf uns zu.

Was wir brauchen, ist eine **Arbeitsmarktpolitik**, die an den Werten der Würde und der Teilhabe orientiert ist. Wer Arbeit hat, muss davon leben können. Deshalb müssen wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen, einen gesetzlichen Mindestlohn sowie Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen durchsetzen.

Unsere **Sozialpolitik** muss wieder auf die Würde des Menschen und die Verteidigung sozialer Rechte zielen. Dazu gehört u. a. eine Rentenwende (Stopp der Rente mit 67, Rückkehr zum Prinzip der Lebensstandardsicherung, keine weitere Absenkung des Rentenniveaus) und eine Neujustierung von „Hartz IV“ (Anhebung der Regelsätze, Fördern ohne Repressionen, Einführung einer Kindergrundsicherung).

Die **Steuerpolitik** muss gerechter werden. Das bedeutet, die Praxis des Umverteilens von unten nach oben zu beenden und umzukehren. Der Staat muss endlich wieder handlungsfähig werden! Zu den notwendigen Schritten zählen die Korrektur der „Kalten Progression“ im Steuerrecht, die Einführung einer Sondersteuer für höchste Einkommen, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Einführung eines Familiensplittings.

Die wirklich Vermögenden müssen wieder ihre Verantwortung für ein **Bildungssystem** erkennen, in dem eben nicht der Geldbeutel der Eltern über die Lebenschancen der Kinder entscheidet. Das Gleiche gilt für den **Gesundheitsbereich**.

Doch Politik beginnt bekanntlich nicht „dort oben“, sondern vor Ort. Als Vorsitzender der SPD Friedenau setze ich mich für eine stärkere Öffnung der Partei in die Gesellschaft ein. So bereiten wir beispielsweise die Gründung einer Bürgerstiftung Friedenau vor. Ein anderes Beispiel ist der Verein Jede Stimme e. V., den ich mitgegründet habe und der sich für die bessere Integration von Einwanderern und die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer einsetzt.

Sozialdemokratische Politik braucht heute mehr denn je große Visionen, klare Ziele, praktisch umsetzbare Ideen und engagierten Einsatz vor Ort. Dafür stehe ich, und dafür werde ich mich im Bundestag einsetzen.

Serge Embacher ■

Mechthild Rawert



www.mechthild-rawert.de

Wahlkreisbüro:

Friedrich- Wilhelm- Straße 86
12099 Berlin- Tempelhof
Telefon: 030 . 720 13 - 884
Fax: 030 . 720 13 - 994

E-Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro:

Telefon: 030 . 227 - 73750
Fax: 030 . 227 - 76250

E-Mail: mechthild.rawert@bundestag.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,
 ich bin deine Bundestagsabgeordnete und arbeite dafür, dass unsere Welt ein Stück menschlicher, gerechter und solidarischer wird. Dafür bitte ich dich erneut um dein Vertrauen, deine Unterstützung und deine Stimme. Dafür möchte ich Direktkandidatin werden und Platz 3 der Landesliste anstreben. Dafür will ich zusammen mit dir wahlkämpfen und unseren Wahlkreis direkt holen.

Mitten im Leben

Auf mein Wahlkreisbüro wurde ein rechter Anschlag verübt. Das schüchtert mich in meinem Engagement für Demokratie und Vielfalt nicht ein. Ich werde mich weiterhin mit aller Kraft gegen jede Form von Diskriminierung und rechte Gewalt einsetzen. Eine starke Demokratie, gleiche Rechte und Teilhabe aller in Deutschland

Lebenden sind meine Motivation, Politik zu machen.

Seit dem Wahldebakel der SPD 2009 arbeite ich – auch als Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten – daran, verloren gegangenes Vertrauen in unsere Politik zurück zu erobern. Wichtig ist mir bei allen Gesprächen, dass kein Blatt vor den Mund genommen wird. Keine Woche vergeht, in der ich nicht Projekte, Initiativen und Unternehmen besuche. So bin ich nun flächendeckend vernetzt.

Bei meinen Sommertouren, Sommerfrühstücken und Veranstaltungen erfahre ich im direkten Dialog mit BürgerInnen und Beschäftigten, „wo vor Ort der Schuh drückt“. Die Erwartungen an eine sozial gerechte Politik kenne ich dadurch sehr genau und bringe diese in meine parlamentarische Arbeit ein.

Der Zusammenhalt unserer Partei ist mir wichtig, ich bin ständig in Tempelhof und Schöneberg unterwegs: In jeder Abteilung informiere ich über meine Arbeit, bin regelmäßig an den Info-Ständen von Lichtenrade bis zum Winterfeldtplatz. Und ich habe alle KandidatInnen mit großem Einsatz bei der Berlinwahl unterstützt.

Ich stehe für Transparenz und Offenheit. Regelmäßig informiere ich in der „Berliner Stimme“, der „TS aktuell“ und in meinem Newsletter. Für meinen vielseitigen Online-Austausch, mit dem ich monatlich rund 8.000 Menschen erreiche, wurde ich zur „Facebook-Champion“ (DER SPIEGEL) des Bundestages gekürt.

Die SPD ist die linke Volkspartei im Wahljahr 2013

Ich will den Mehltau der Merkel-Ära beenden und arbeite aktiv am SPD-Regierungsprogramm. Seit an Seit mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen treten wir für mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit ein.

Wichtige Impulse gebe ich als Gesundheitspolitikerin bei der Entwicklung der solidarischen Bürgerversicherung. Ich will nicht mehr Selbstzahlungen im Gesundheitswesen sondern mehr Qualität und PatientInnenorientierung. Deshalb habe ich den Antrag „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ ins Parlament eingebracht. Pflegebedürftige und pflegende Angehörige verdienen mehr Unterstützung. Dem trägt das von mir mitentwickelte Konzept für eine umfassende Pflegereform – solide berechnet, weg vom Minutentakt – Rechnung. Mein Blick richtet sich insbesondere auf die Auszubildenden und Beschäftigten in Gesundheit und Pflege. Deshalb habe ich aktiv am Fachkräftesicherungskonzept mitgearbeitet.

Deutschland gewinnt an Vielfalt. Ich will eine inklusive Gesellschaft, in der alle gleiche Chancen und Rechte haben: die 12,9 Millionen Menschen mit Handicaps, die Jüngeren und die Älteren, die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die Frauen und die Männer, die LGBTTI-Community. Ich habe an Gesetzentwürfen mitgearbeitet, u.a.: zur „Frauenquote“, zur Entgeltgleichheit, zum Staatsbürgerschafts- und zum Asylrecht, zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.

Unsere Kernforderungen sind breiter gesellschaftlicher Konsens. So unterstützen 86% der Menschen einen gesetzlichen Mindestlohn, 75% die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, 70% eine Bürgerversicherung.

Das ist aber kein Selbstläufer! Mobilisieren wir gemeinsam, dass aus der gesellschaftlichen Mehrheit für unsere sozialdemokratischen Werte und Haltungen 2013 eine rot-grüne Mehrheit wird!

*Mit solidarischen Grüßen
Deine Mechthild*

Dr. Thomas Schneider



*Dr. Thomas Schneider, M.A., M.E.S.
Ziethener Strasse Nr. 224, 15831 Mahlow
Tel.: 03379/368890
Tel. (dienstlich): 030/44727080
Funk: 0173/5816601*

*Mail: thomasschneider12@gmx.de
Mail (dienstlich): schneider@dgiv.org
Website: www.dr-thomas-schneider.eu*

Ich bin 1980 in der Lutherstadt Eisleben geboren und seit 1998 in der SPD. In Halle/Saale und Wien habe ich Politik- und Europawissenschaften studiert. Meine Promotion habe ich über die Krankenversicherung in Europa geschrieben. Ich war in der Grund- und Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Momentan arbeite ich in Berlin als Geschäftsführer eines deutschlandweit tätigen Vereins, der sich für die neuen Versorgungsformen im Gesundheitswesen einsetzt.

Meine politischen Schwerpunkte möchte ich auf folgende fünf Bereiche legen:

1. Wege zu Frieden und Sicherheit in Europa

Die Sicherheit in Europa und der Welt ist nur mit einem breit angelegten, kooperativen Ansatz zu gewährleisten. Nur in einer kollektiven Sicherheitsordnung, in der politische Mittel eine größere Rolle als militärische spielen, ist ein stabiles Europa ohne neue Trennlinien möglich.

2. Erwerbsarbeit als Menschenrecht

Viele Menschen in Deutschland sind schon seit vielen Jahren arbeitslos. Daher sollten

die staatlichen Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen verbessert werden. Es muss möglich sein, dass man auch durch eine 30 Stunden Woche sein Leben finanzieren kann. Auch die Zeitarbeitsverträge müssen begrenzt werden.

3. Modernisierung unseres Gesundheitssystems

In Zukunft brauchen wir ein sektorenübergreifendes, IT-gelenktes, transparentes und patientenfreundliches Gesundheitswesen mit einem monistisch finanzierten Krankenhauswesen.

Gerade in ländlichen Regionen können Netze aus unterschiedlichen Leistungserbringern die Versorgung wesentlich erleichtern. Die neuen Versorgungsformen und Ärztenetze müssen ausgebaut werden.

Es geht die nächsten Jahrzehnte auch in Berlin darum, die Vorteile moderner Technologie, wie z. B. die Telemedizin, zu nutzen, um dezentrale Zentren mit zentralen Hochleistungseinrichtungen zusammenzuführen.

In Zukunft sollte es möglich werden, dass Notfalldaten, Arzneimitteldokumentationen, eine Patientenverfügung und eine elektronische Patientenakte auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert sind. Gerade Gesundheitsportale wie weisseliste.de oder nettdoktor.de können heute bei der Suche nach dem richtigen Arzt oder Krankenhaus enorm helfen.

Das geltende Recht ist im Bereich der Patientenrechte wenig transparent und es bestehen erhebliche Hürden beim Rechtsvollzug. Beweiserleichterungen, die Stärkung von Patientenverbänden und eine stärkere öffentliche Kontrolle von Beratungs- und Behandlungsabläufen können die Rechtswirklichkeit aus Patientensicht verbessern. Die derzeitige duale Krankenhausfinanzierung führt zu Finanzierungsproblemen. Der Staat muss sich deshalb künftig aus der institutionellen Förderung zurückziehen und eine monistische Finanzierung der Krankenhäuser durch die gesetzlichen Krankenkassen zur Regel machen.

Der Staat steuert das Gesundheitssystem der Zukunft über die genaue Regelung der Rahmenbedingungen und über qualitative Gesundheitsziele.

4. Eurostabilität und Aufgaben der Europäischen Union

Die Europäische Union braucht mehr Kompetenzen im Finanzmarktbereich und die Abwertung des Euro in einzelnen Ländern muss möglich sein. Wenn dieses Instrument nicht hilft, muss natürlich geprüft werden, ob die Finanzkrise in machen Ländern auch Gründe im Politischen System hat. Wenn das der Fall ist, dann kann sich ein EU Mitgliedsstaat, aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen, nicht in die Belange anderer Mitgliedsstaaten einmischen. Ein zeitweiser EU und Euro Ausschluss eines Mitgliedsstaates muss daher möglich sein.

5. Familien, Bildung und Beruf

Gerade wenn beide Eltern voll berufstätig sind, dann fehlt oft die Zeit für die Kinder. Daher brauchen wir in Deutschland und Berlin mehr Ganztagesbetreuungsplätze in Kindergärten und Schulen. Auch die Unternehmen sollten den Eltern helfen, den Spagat zwischen Arbeit und Familie zu bewältigen. Dabei sind flexible Arbeitszeiten und Home Office Modelle sehr wichtig. Das deutsche Bildungssystem muss dringend modernisiert werden. Gerade technische und sprachliche Fähigkeiten werden heute immer wichtiger. Die Kinder aus bildungsfernen Familien brauchen mehr staatliche Unterstützung in Form von Stipendien. Der Übergang von der Ausbildung oder dem Studium in den ersten Job muss stark durch Kooperationen von Wissenschaft und Unternehmen verbessert werden. Auch ein Jobwechsel innerhalb von Europa muss gerade für jüngere Menschen leichter möglich sein.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich als Bundestagskandidat für Tempelhof-Schöneberg unterstützen. ■

Thomas J. Wilke



Thomas J. Wilke
ledig, 52 Jahre

**Rechtsanwalt und Informatik-Betriebswirt
(VWA)**

Email: wilke_th@yahoo.de

Homepage: www.th-j-wilke.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bewerbe mich bei Euch um das Mandat,
weil ich aufgrund von persönlichen und beruflichen Erfahrungen mich für bestimmte politische Inhalte einsetzen möchte, die ich auf meiner Homepage th-j-wilke.com näher erläutere.

1. Zur Schaffung von mehr Arbeitseinkommen:

1.1 Vermeidung von Lohndumping: Ein bundesweiter Mindestlohn verhindert Lohndumping und die Umwandlung von Vollzeitstellen in MAE-Stellen wird ausgeschlossen.

1.2 Ausbildungs – und Beschäftigungsprogramme (insbesondere im Pflegebereich) sichern den Bedarf an (Pflege-) Fachkräften in der Zukunft.

1.3 Eigentümer werden veranlasst, leerstehende Gewerbeflächen an investitionswillige Unternehmer zu vermieten, damit diese Arbeitnehmer einstellen.

1.4 Arbeitgeberseitige Kündigungen in Bagatellfällen – z.B. wegen geringfügiger Vergehen oder Strafanzeigen gegen Arbeitgeber – werden ausgeschlossen.

2. Wirtschaft:

Durch Investitionsanreize wird die Wirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen ermutigt.

3. Justiz:

3.1 Der Tatbestand der Rechtsbeugung nach § 339 StGB wird auch auf fahrlässige Taten erweitert.

3.2 Richter/innen werden verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen für von Ihnen dienstlich verursachte Schäden. Die Haftungsprivilegierung des Art. 34 GG wird entsprechend eingeschränkt.

3.3 Das Bundesverfassungsgericht wird verpflichtet, alle Ablehnungen von Verfassungsbeschwerden zu begründen und die Frist zur Einlegung der Beschwerde wird von einem Monat auf zwei Monate verlängert.

4. Soziales:

4.1. Das Konzept einer einheitlichen Bürgerversicherung muss weiterverfolgt werden.

4.2. Menschen ab dem 67. Lebensjahr erhalten eine Mindestrente.

4.3. Studiengebühren werden nach einem Freibetrag gestaffelt nach Einkommen bemessen, um die Chancengleichheit bei dem Zugang zur Bildung zu gewährleisten.

5. Verkehr:

Der Gütertransport soll soweit möglich auf die Bahn oder Schiffe verlagert werden. Die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen durch Car-Sharing und die Nutzung alternativer Treibstoffe wird ausgebaut.

6. Finanzsektor:

6.1. Eine Vermögenssteuer trägt zur Finanzierung dieser Vorhaben bei.

6.2. Die zunehmende Staatsverschuldung muss abgebaut werden, weil die Handlungsfähigkeit des (Rechts-)Staates umso mehr eingeschränkt wird, als er seine Ein-

nahmen zur Begleichung von Zins und Tilgung einsetzen muss.

6.3. Zwischen normalen Geschäftsbanken und Banken, die Wertpapiergeschäfte tätigen, findet eine Trennung statt.

7. Energie:

7.1. Zur Lösung des Problems der Atommüllbeseitigung setzt sich die Bundesregierung für den Bau einer globalen Lagerstätte zusammen mit anderen Staaten ein.

7.2. Strom sollte soweit möglich dort produziert werden, wo er verbraucht wird.

8. Militär:

Die Bundesregierung setzt sich für einen Abzug der Atomwaffen der USA ein und Deutschland erklärt sich zur atomwaffenfreien Zone.

9. Familie:

9.1. Das Betreuungsangebot für Kinder (insbesondere aus sozial schwachen) Familien wird ausgebaut.

9.2. Gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterfallen dem Schutz des Art. 6 GG, wenn sie Kinder erziehen.

Unter der Adresse www.Th-J-Wilke.com richte ich eine Seite ein, in welcher nach Eintrag des Namens und einer Mailadresse Kommentare hinterlassen werden können und gebe dort allen die Möglichkeit eines Meinungs austausches.

Im Falle einer Wahl beabsichtige ich, die Gesetzesvorlagen im Forum zur Abstimmung zu stellen und mich an der Entscheidung der Mehrheit der Forumsbesucher zu orientieren, um den Mitgliedern einen Einfluss auf die Gesetzgebung zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Th. Wilke

Frank Zimmermann



Telefon: 030 - 2110272

Mobil: 0170 - 5490034

Mail: frank.zimmermann@spd.parlament-berlin.de

www.frank-zimmermann.net

Geb. am 9. Mai 1957 in Kiel

1986 Mitglied der SPD

1990 Zweites juristisches Staatsexamen

1990-95 Referent der SPD-Fraktion im AH für Inneres, Recht und Europa

1995-96 Leiter des Referats Recht und EU-Angelegenheiten in der Thüringer Landesvertretung in Bonn

seit Nov. 2001 Mitglied des Abgeordneten- hauses, Sprecher für EU-Angelegenheiten, Medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Innen- ausschuss, Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung (seit 2011), 2002-06 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Bankgesell- schaft, Vorsitzender des Fraktions- arbeitskreises Inneres und Recht, Mitglied des Fraktionsvorstands (seit 2002)

Weitere Mitgliedschaften:

RBB-Rundfunkrat, Ausschuss der Regionen der EU (stellv. Mitglied), SGK, AWO, ABI (Fördermitglied)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nach 11 Jahren im Abgeordnetenhaus und mit einiger Erfahrung bewerbe ich mich bei Euch, den Mitgliedern der SPD Tempelhof-Schöneberg, um eine Nominierung für die Wahl zum nächsten Deutschen Bundestag.

Dort bekommen wir hoffentlich wieder eine Gestaltungsmehrheit, am besten rot-grün, damit die Aushöhlung der sozialen Demokratie endlich gestoppt wird.

Dazu müssen wir den Blick auf die EU richten.

Europa bestimmt immer mehr Lebensbereiche, folgt aber in allen wesentlichen Fragen den wirtschaftsliberalen Theorien der achtziger Jahre – einem gescheiterten Programm. Das Spardiktat unter der Führung Deutschlands verstärkt die Massenarbeitslosigkeit und die Depression in den Mittelmeerländern. Mit erzwungenen Verzichtreformen werden die Menschen auf eine ferne, bessere Zukunft vertröstet. Dafür wachsen aber europaweit die großen Privatvermögen der oberen 10%. Auch in Deutschland verschärft die sogenannte Stabilitätspolitik die soziale Spaltung.

Konkret zeigt sich diese verfehlte Politik der EU darin, daß

- mit der Europäischen Zentralbank und dem Gouverneursrat des ESM parlamentarisch völlig unkontrollierte Organe immer größere Macht über Milliardensummen erhalten;
- zur Erzeugung von Wachstum im privaten Sektor zahlreiche Staatsbetriebe privatisiert werden müssen und
- Länder und Kommunen verpflichtet werden sollen, z.B. ihre Wasserbetriebe dem Wettbewerb zu stellen und künftig europaweit privaten Investoren anzubieten.

Im Bundestag wird es deshalb darauf ankommen, die demokratische Kontrolle über Haushaltsmittel zu erhalten, die öffentli-

che Daseinsvorsorge zu schützen und für eine soziale Europapolitik zu sorgen. Dafür möchte ich mich – wo immer dies möglich ist – einsetzen.

Dazu gehört zwingend die Erhöhung der Staatseinnahmen. Die privaten Vermögen aller Millionäre in der EU sind höher als die Staatsschulden der EU-Länder. Nicht aus Neid, sondern zum Schutz der Demokratie muß über eine Besteuerung der großen Vermögen die Staatsverschuldung abgebaut werden. Wenn das nicht passiert, werden die Gering- und Normalverdiener die Folgen der Krise auslöffeln.

Viele haben sich bisher am öffentlichen Vermögen vergriffen, kaum jemand ist je dafür bestraft worden. Nicht nur wir in Berlin mußten das leidvoll erfahren. Das Wirtschaftsstrafrecht ist deshalb dringend zu reformieren. Wir brauchen eine Managerhaftung für das Fehlverhalten im Umgang mit fremdem Vermögen. Ich möchte mithelfen, daß dies Gesetz wird.

Vieles muss darüber hinaus geschehen – vom Ausbau der Kinderbetreuung über den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn bis hin zur armutsfesten Rente.

Ich will helfen, diese gemeinsamen sozialdemokratischen Ziele im Bundestag zu verwirklichen, wenn Ihr mir dazu den Auftrag gebt.

*Mit solidarischen Grüßen
Euer Frank Zimmermann* ■

Vorstellungsrunden der Kandidatinnen / Kandidaten

Zu den hier aufgeführten Veranstaltungen sind alle Kandidatinnen und Kandidaten eingeladen. Dort könnt Ihr sie persönlich kennenlernen und ihnen Eure Fragen stellen.

VERANSTALTUNGEN DES KREISVERBANDES

- **SCHÖNEBERG** [PARTEIOFFENE VERANSTALTUNG]
Donnerstag, 01.11.2012 · 19.30 Uhr
Rathaus Schöneberg · Willy-Brandt-Saal
John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin
- **TEMPELHOF** [PARTEIOFFENE VERANSTALTUNG]
Dienstag, 06.11.2012 · 19.30 Uhr
Gemeinschaftshaus Lichtenrade
Lichtenrader Damm 198-212, 12305 Berlin

VERANSTALTUNGEN DER ABTEILUNGEN

- **ABTEILUNG 7 (SCHÖNEBERG)** [ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG]
Montag, 22.10.2012 · 19.30 Uhr
AHA-Berlin e.V.
Monumentenstraße 13, 10829 Berlin
- **ABTEILUNG 8 (FRIEDENAU)** [PARTEIOFFENE VERANSTALTUNG]
Sonntag, 18.11.2012 · 11.00 Uhr
SJD - Die Falken · Luise & Karl Kautsky-Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin

VERANSTALTUNGEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- **AG LESBEN UND SCHWULE** [PARTEIOFFENE VERANSTALTUNG]
in der SPD Tempelhof-Schöneberg
AG JUSOS Tempelberg
Donnerstag, 18.10.2012 · 19.30 Uhr (Ende ca. 21.30 Uhr)
Rathaus Schöneberg · Raum 2047
John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin

